



Antikriegstag 2018 in Mannheim

Kompetenter Referent belegt wachsende Kriegsgefahr

Am 3. September haben der DGB Mannheim sowie das Friedensplenum und die DFG-VK Mannheim zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem kompetenten Journalisten Andreas ins Gewerkschaftshaus eingeladen.

Zu Beginn begrüßten Roland Schuster vom Friedensplenum und Miriam Walkowiak vom DGB die Anwesenden und erklärte, weshalb man Zumach gerne wieder einmal als Referenten eingeladen hat.

Zumach berichtet seit Jahrzehnten aus Genf über die UNO und was sie tut oder tun könnte um Kriege zu verhindern, Krisen diplomatisch zu lösen und Abrüstungsabkommen zu erreichen. In seinem gut einstündigen Vortrag wies Zumach auf viele Entwicklungen hin, die zeigen, dass die Kriegsgefahr gewachsen ist.

Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran erhöht Kriegsgefahr

Das Atomabkommen zwischen USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland mit dem Iran ist ein sehr wichtiges Abkommen, weil der Iran darin auf den Bau von Atombomben verzichtet hat. Wie Zumach beschrieb, ist darin sehr detailliert festgelegt, wie mit welchen Kontrollmaßnahmen überwacht werden kann, dass der Iran tatsächlich keine Atomwaffen herstellt. Weil die USA das Abkommen einseitig aufgekündigt haben, sei die Gefahr eines Krieges gegen den Iran laut Zumach deutlich gestiegen. Dazu habe auch die israelische Regierung unter ihrem Präsidenten Benjamin Netanjahu maßgeblich beigetragen.

Zusätzlich hat die US-Regierung massive Sanktionen gegen den Iran verhängt und droht auch anderen Ländern mit Sanktionen, die auch Geschäftsbeziehungen mit dem Iran aufrechterhalten. Zumach sagte, dass sich die Deutsche Bahn und der französische Energiekonzern Total aus dem Irangeschäft zurückgezogen hätten und sich stattdessen China intensiv im Iran bei der Erschließung von Erdöl- und Erdgasfeldern sowie Pipelineprojekten engagieren wolle. Er kritisiert die deutsche Bundesregierung, weil sie nichts Nennenswertes gegen die Eskalation und Sanktionen durch die USA unternommen habe.

Zumach hält es für möglich, dass ein Krieg zwischen Iran und Saudi-Arabien geschürt wird, oder dass die israelische Regierung militärisch gegen den Iran vorgeht. Er befürchtet, dass das von einem gigantischen Propagandaaufwand begleitet würde und sieht dafür schon jetzt entsprechende Belege. So habe man der Zeitung „Jüdische Stimme“ und ihren Unterstützern wegen ihrer Kritik an der israelischen Regierung Steine in den Weg gelegt, beispielsweise durch Raumverbote für Veranstaltungen.

Den Atomwaffenverbotsvertrag hält Zumach für ein sehr wichtiges in der UNO beschlossenes Abkommen. Es konterkariere den Nichtverbreitungsvertrag (auch Atomwaffensperrvertrag genannt) keineswegs, wie von der Bundesregierung behauptet, sondern greife dessen Verpflichtung zur atomaren Abrüstung auf. Diese solle vollständig auf Produktion, Lagerung und Besitz von Atomwaffen verzichten und ein vollständiges Atomwaffenverbot ins Grundgesetz aufnehmen.

Bereits 2007 habe Putin bei der Münchner Sicherheitskonferenz die Expansions-Politik der NATO ohne Drohungen kritisiert. Dass Russland angesichts der fortgesetzten NATO-Expansion zu Gegenmaßnahmen greift und den strategisch wichtigen Marinestützpunkt Sewastopol auf der Krim nicht einfach aufgeben sondern die Krim völkerrechtswidrig annektiert habe, könne kaum überraschen. Die deswegen gegen Russland verhängten Sanktionen seien wirkungslos, stattdessen schlägt Zumach vor, die Volksabstimmung auf der Krim über die Zugehörigkeit zu Russland oder der Ukraine ohne Präsenz von russischen Soldaten zu wiederholen um die Spannungen zwischen dem Westen und Russland zu reduzieren.

Es ist immer wieder beeindruckend, wie es Zumach durch seine plastischen Vorträge gelingt, Ursachen von Krisen und Konflikten und komplexe Zusammenhänge deutlich zu machen. Die Veranstalter waren sich darin einig, dass sie Zumach auch in Zukunft als Referenten einladen werden.

Andreas Zumachs Vortrag und seine Antworten auf Fragen können im Audio-Archiv nachgehört werden: <https://www.freie-radios.net/90811>

So wurde für die Veranstaltung geworben



[Antikriegstag 2018!](#)

Kriegsgefahr gefährlich gewachsen: Abrüstung statt Aufrüstung!

Diskussionsveranstaltung mit dem Journalisten Andreas Zumach (Genf)

Mo. 3. Sept. 2018, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus Mannheim, Willi-Bleicher-Saal, Hans-Böckler-Str. 1-3

[Flyer runterladen](#)

„**Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!**“ - unter diesem Motto gehen seit 1957 Gewerkschaften und Friedensgruppen jährlich am 1. September, dem Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen 1939, für eine friedliche Welt auf die Straße. Damit soll an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus erinnert werden.

Auch 2018 wird es anlässlich des Antikriegstages bzw. Weltfriedenstag wieder über 160 Veranstaltungen bundesweit geben. Im diesjährigen Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag 2018 heißt es:

„Unser Eintreten für Frieden, Demokratie und Freiheit ist wichtiger denn je. Die internationale Nachkriegsordnung ist aus den Fugen geraten. Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Auch die nukleare Bedrohung hat eher zu- als abgenommen. Die USA und Russland modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Nuklearmächte wie China, Nordkorea, Indien und Pakistan tragen dazu bei, dass wir erneut ein nukleares Wettrüsten erleben. US-Präsident Trump kündigt einseitig das internationale Atomabkommen mit dem Iran auf. Und doch weigert sich die deutsche Bundesregierung weiterhin, den von über 120 Staaten beschlossenen UN-Vertrag über ein Atomwaffenverbot mitzutragen. (...)

Nichts zeigt deutlicher: Waffengewalt und militärisches Hochrüsten lösen keine Probleme. Eine neue Aufrüstungsspirale ist die falsche Antwort auf die veränderte Weltlage. Und doch sind die globalen Rüstungsausgaben mit über 1,7 Billionen US-Dollar so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben.

Deshalb lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müsste seine Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln.

Zwei Prozent des BIP für den Rüstungsetat - das wären alleine in Deutschland weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen würden: für Investitionen in Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine gerechte und ökologische Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für eine bessere Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit. (...)

Vor diesem Hintergrund fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die deutsche Bundesregierung dazu auf, endlich umzudenken und mit ihren EU-Partnern eine gemeinsame europäische Strategie der friedenssichernden Konflikt- und Krisenprävention zu erarbeiten. (...)



Friedensplenum
Mannheim

